

Antragsteller: **Landesvorstand AG 60 plus BB**

Der **Bundeskongress der AG 60 plus** möge beschließen:

Der **Parteitag** möge beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, kurzfristig einen umfassenden, alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche betreffenden Hitzeschutzplan vorzulegen, der die Kommunen nicht zusätzlich belastet und vor allem die Situation älterer Menschen in den Blick nimmt.

Begründung

Wie aus den Veröffentlichungen des Robert-Koch-Instituts im August hervorgeht, sind bereits 12.500 Todesfälle durch die extreme Hitze in diesem Sommer 2026 in Deutschland zu beklagen. Unter diesen Toten sind besonders viele Menschen in höherem Alter (RKI-Bericht zur hitzebedingten Mortalität für den Zeitraum 06.04.2026 bis 02.08.2026). Damit sind in diesem Jahr deutlich mehr Menschen an den Folgen der Hitze verstorben, als in den Jahren zuvor. Es gibt also dringenden Handlungsbedarf!

Diese dringend notwendigen Hitzeschutzmaßnahmen verlangen nach einer schnellen, konkreten Reaktion der Bundesregierung mit der Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel (das Sondervermögen Infrastruktur ist bereits überzeichnet und die Kommunen sind überschuldet). Zu den dringend erforderlichen Maßnahmen gehören die Ausrüstung von Krankenhäusern und Pflegeheimen mit Klimageräten, Ventilatoren, Jalousien u.ä. Und auch in den Städten müssen Schutzräume, wie in anderen europäischen Städten, wie Barcelona, schattenspendende Aufenthaltsmöglichkeiten in den Fußgängerzonen, flächendeckende Installation von Trinkbrunnen und Sprühnebelanlagen geschaffen werden. Den Kommunen soll dafür ein zusätzlicher Fonds über die Bundesländer zur Verfügung gestellt werden, über den sie kurzfristig und unkompliziert, diese Maßnahmen, die viele verschiedene Bereiche, also nicht nur die Gesundheit betreffen, finanzieren können.

15.08.2026